

**Antrag 91/I/2025****Abt. 12/03 Frohnau (Reinickendorf)****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt durch Leitantrag (Konsens)****Wohnen und energiebewusstes Heizen**

- 1 Die aktuellen tagespolitischen Herausforderungen verde-  
2 cken den Blick darauf, dass der menschengemachte Kli-  
3 mawandel zu einer drastischen Verschlechterung der Le-  
4 bensbedingungen in den kommenden Jahren und Jahr-  
5 zehnten führen wird, wenn nicht sofort entschieden ge-  
6 gengesteuert wird. Im krassen Gegensatz zu den be-  
7 stehenden Erfordernissen hat Deutschland jedoch die na-  
8 tionalen und europäischen Klimaziele vor allem im Ge-  
9 bäudesektor – neben dem Verkehrssektor - nicht erreicht.  
10
- 11 Die Ankündigungen von CDU und CSU im Bundestags-  
12 wahlkampf 2025 haben die Bürgerinnen und Bürger hin-  
13 sichtlich von ihnen selbst umsetzbaren Maßnahmen tief  
14 verunsichert. Vor allem die Absicht das sog Heizungsge-  
15 setz wieder rückgängig zu machen wäre ein verhängnis-  
16 voller Schritt in die falsche Richtung.  
17
- 18 Wir fordern daher unsere SPD-Vertretungen im Abgeord-  
19 netenhaus sowie im Senat von Berlin auf, sich für die Um-  
20 setzung folgender Maßnahmen einzusetzen:
- 21 1. Berlin ist wie alle Großstädte mit mehr als 100.000  
22 Einwohnerinnen und Einwohnern verpflichtet bis  
23 zum 30.06.2026 einen Wärmeplan vorzulegen. Im  
24 Rahmen der sog. Verkürzten Wärmeplanung sind  
25 bereits Gebiete identifiziert worden, in denen ein  
26 Fernwärmenetz unwahrscheinlich ist. In diesen Ge-  
27 bieten kommt auch in Zukunft nur eine dezentra-  
28 le Wärmeversorgung in Betracht. Dies gilt auch für  
29 weite Bereiche in Reinickendorf. Um eine weitere  
30 Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürgern zu  
31 vermeiden sollte durch den Senat bzw. durch den  
32 Bezirk eine verlässliche Information an die Grund-  
33 stückseigentümerinnen bzw. -eigentümer gegeben  
34 werden.
  - 35 2. Nach Berechnungen von Wirtschaftsinstituten wird  
36 der neue europäische Emissionshandel für das Hei-  
37 zen mit Öl oder Erdgas im Gebäudesektor bis 2030  
38 zu einer Preiserhöhung um 31 bis 41 Prozent füh-  
39 ren (Quelle: Spiegel online vom 8.03.2025). Der Se-  
40 nat bzw. der Bezirk wird aufgefordert, eine Informa-  
41 tion zur Entwicklung der Heizkosten und auch der  
42 Stromkosten zu geben und diese alljährlich zu ak-  
43 tualisieren. So erhalten die Bürgerinnen und Bür-  
44 ger eine Grundlage für die Entscheidung, in welcher  
45 Form sie künftig heizen wollen.
  - 46 3. Nach dem Bundestagswahlprogramm der SPD soll  
47 niemand durch die steigenden Energiekosten über-  
48 fordert werden. Als eine Möglichkeit zur Entlastung

49 der Bürgerinnen und Bürger wird das sog. Klima-  
50 geld genannt. Wir fordern die der SPD angehören-  
51 den Mitglieder des Berliner Senats, die Berliner Bun-  
52 destagsabgeordneten und die SPD-Mitglieder der  
53 Bundesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür  
54 einzusetzen, dass eine derartige sozial und regio-  
55 nal gestaffelte Entlastung konkretisiert und zeitnah  
56 umgesetzt wird.

57  
58 Nach dem Gebäudeenergiegesetz (§ 71 GEG) darf in Zu-  
59 kunft eine neue Heizung in einem Wohngebäude nur ein-  
60 gebaut werden, wenn mindestens 65 Prozent der Wär-  
61 me mit erneuerbaren Energien erzeugt wird. In Betracht  
62 kommen insbesondere elektrisch betriebene Wärmepum-  
63 pen. Der Ersatz einer alten Ölheizung wird derzeit mit ei-  
64 nem Zuschuss von bis zu 55 Prozent der Kosten (bei ein-  
65 kommenschwachen Familien zusätzlich 20 Prozent) ge-  
66 fördert. Wir fordern die der SPD angehörnden Mitglieder  
67 des Berliner Senats, die Berliner Bundestagsabgeordneten  
68 und die SPD-Mitglieder der Bundesregierung auf, sich auf  
69 Bundesebene dafür einzusetzen, dass diese Förderung er-  
70 halten bleibt.